

Verlauf der GR-Sitzung vom 19. Dezember 2006

Vor Beginn der öffentlichen Gemeinderatssitzung findet von 19.30 bis 20.18 Uhr, eine nicht öffentliche Information von Herrn SR Dr. Dietmar H. Mayer (Rechtsberater der Marktgemeinde Lieboch in baurechtlichen Angelegenheiten) an den Gemeinderat (zum nicht öffentlichen TO-Punkt 9.) statt.

GR Paar, GR Tengg, GR Wiesenhofer, GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Zarfl nehmen an dieser Information nicht teil. Alle anderen Gemeinderäte sind anwesend.

Im Anschluss folgt eine Pause von 20.18 Uhr bis 20.30 Uhr.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 20.30 Uhr

Zuhörer anwesend

Entschuldigt:

GR Paar, GR Wiesenhofer, GR Mag. Hirschmugl-Fuchs (kommt um 20.45 Uhr) und GR Zarfl.

Bgm. Pignitter begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, Zuhörer und die Bediensteten Amtsleiter Hrn. Mag. Marat und Protokollführer Hrn. Schreiner.

Ebenso stellt der Bgm. Frau Mag. Gabriele Grundnig vom Welthaus der Diözese Graz.-Seckau vor, die zum TO-Punkt 2. referiert.

Bgm. Pignitter stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Im Anschluss stellt Frau Mag. Grundnig dem Gemeinderat anhand einer Powerpoint-Präsentation das Projekt „faire Gemeinde“ näher vor.

Fragestunde nach § 54 Abs. 4 der Stmk. Gemeindeordnung ein (sämtliche Anfragen werden, falls nicht gesondert angeführt, an den Bgm. gerichtet).

1. Frage – 2.Vzbgm. Lang bezieht sich auf den bestehenden Geh- und Radweg von Spatenhof Richtung Gemeindeamt und sagt, er sei darauf angesprochen worden, dass eine entsprechende Teilung zwischen Fußgänger und Radfahrer nicht vorhanden sei.

- Der Bgm. sagt, dies sei von der BH Graz-Umgebung so verordnet und entspreche den gesetzlichen Vorgaben. Bei einer Teilung hätte man einen Gehsteig mit einer Breite von 3 m benötigt.

1. Frage – GR Mag. Marx erkundigt sich, ob etwas an dem Gerücht dran sei, dass in Lieboch ein Outlet-Zentrum, ähnlich wie in Seiersberg, geplant sein soll oder es dazu Überlegungen gibt.

- Der Bgm. sagt, bis dato sei an ihn nichts in der Art herangetragen worden.

Ende der Fragestunde: 21.13 Uhr

- **Bericht des Bürgermeisters**

- Der Bgm. sagt, er werde den Bericht im nicht öffentlichen Teil bringen, da es sich um rechtliche Angelegenheiten handelt, die unter „nicht öffentlich“ zu bringen sind.

Im Anschluss stellt der Bgm. folgende Anträge um Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung:

ERWEITERUNGEN:

öffentlich

6. Verordnung – „Rebhuhnweg“;
Übernahme der Privatstraße in eine Gemeindestraße

** Dadurch verschieben sich die nachfolgenden Punkte entsprechend nach hinten*

nicht öffentlich

7. Neubau Kinderkrippe – Zubau Kindergarten;
Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen:
d.) Einrichtung Kinderkrippe
e.) Spielgeräte Kinderkrippe

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Anm.: GR Mag. Marx und GR Wiesenhofer verlassen den Sitzungssaal.

Pkt. 1.: Genehmigung und Unterfertigung des Sitzungsprotokolls vom 27.11.2006

GR Warzinger (Sprecherin der Schriftführer) stellt den Antrag, das Protokoll vom 27.11.2006 in der vorliegenden Form zu genehmigen (es wurden keine Änderungen eingebracht).

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Pkt. 2.: Lieboch als „Faire Gemeinde“ gem. Aktionskatalog – Projekt „Gemeinden handeln fair“

Bgm. Pignitter sagt, er findet die Aktion grundsätzlich toll – man sollte auch helfen.

Der Bgm. spricht sich dafür aus, dass sich Lieboch grundsätzlich als „faire Gemeinde“ deklariert. Der Umfang der Aktionen, die im Rahmen des Projektes stattfinden sollen, bleibe aber der Gemeinde überlassen, damit der administrative Aufwand nicht übertrieben werde.

Wenn es Interessensgruppen, wie etwa die Welt-Gruppe-Lieboch gibt, die sich dafür einsetzen, sei man sehr dankbar.

Er würde darum bitten, nicht immer überall Vorreiter zu sein, vor allem wo man einen hohen Aufwand seitens der Organisation habe, da man im Gemeindeamt nicht unbedingt überbesetzt sei.

Wenn sich etwa der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Thema annehmen möchte, sei es ihm Recht.

Grundsätzlich stelle er den Antrag, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, dass Lieboch dem Projekt „faire Gemeinde“ beitrifft, mit der Einschränkung, dass man auch sagen könne, nicht überall mittun zu müssen. Dies bleibe aber, wie er annehme, der Gemeinde ohnehin unbenommen.

Frau Mag. Gabriele Grundnig vom Welthaus der Diözese Graz.-Seckau bestätigt, dass die zu setzenden Aktionen von der Gemeinde selbst bestimmt werden, wobei derzeit schon einige Voraussetzungen erfüllt werden.

Entscheidend sei sicherlich die Nominierung einer Ansprechperson im Gemeinderat, die sich dem Thema annimmt. Daran würde man auch sehen, dass man die Thematik im Gemeinderat ernst nimmt.

Frau Mag. Schrettle spricht die Unterstützung der Gemeinde bei den Aktionen der Welt-Gruppe-Lieboch an und sagt, es sei für die Welt-Gruppe auch sehr hilfreich, wenn sich die Gemeinde offiziell dazu deklariert. Man könne dann auch damit argumentieren, dass Lieboch eine „faire Gemeinde“ sei. Es sei wahrscheinlich teilweise oder ganz die Aufgabe der Welt-Gruppe, mit den Gastbetrieben zu sprechen. Immerhin könne man dann aber auch im Namen des Gemeinderates sagen, die Gemeinde Lieboch hat sich dazu deklariert, so Mag. Schrettle.

GR Ing. Schelch ergänzt, es sei sein Vorschlag, dass die Ansprechperson im Gemeinderat jemand aus der Fraktion „Die Grünen Lieboch“ sein sollte.

Der Bgm. meint, GR Ing. Schelch spreche ihm aus der Seele – auch er wollte Frau GR Mag. Hirschmugl-Fuchs als Kontaktperson vorschlagen.

GR Mag. Hirschmugl-Fuchs sagt, sie stelle sich dafür gerne zur Verfügung.

Der Bgm. ersucht um **Ergänzung seines Antrages** hinsichtlich der Nominierung von **Frau GR Mag. Hirschmugl-Fuchs** als **Kontaktperson für das Projekt Lieboch als „faire Gemeinde“**, wobei es kein Problem sei, wenn weitere Personen mitmachen wollen und sich dazu bekennen.

GR Mag. Marx bedankt sich bei Frau Mag. Grundnig für den Vortrag und meint, dass der Aufwand sicher nicht so groß sein sollte. Er werde GR Mag. Hirschmugl-Fuchs gerne helfen, etwa bei der Organisation eines Frühstücks.

Der Bgm. sagt, man merke bei gewissen Aktivitäten der Ausschüsse, dass man dann doch sehr alleine dort stehe und es nicht so einfach sei, weil nicht immer alle Gemeinderäte mithelfen. Das sei für ihn immer das Thema; dadurch habe er auch gemeint, es wäre gut, dass ein paar aktiv auftreten.

Bgm. Pignitter ersucht den Gemeinderat um Zeichen der Zustimmung zum bereits gestellten Antrag.

Der Antrag wird **einstimmig beschlossen**.

Bgm. Pignitter bedankt sich bei Frau Mag. Grundnig und Frau Mag. Schrettle. Diese verlassen im Anschluss die Sitzung.

Pkt. 3.: Gebührenerhöhungen per 01.01.2007

a.) Müllgebühren

Der Bgm. informiert, dass bei den Müllgebühren eine 8 %-ige Erhöhung per 01.01.2007 vorgesehen ist, welche auch bereits im Voranschlag 2007 berücksichtigt wurde.

Damit sei noch immer keine volle Kostendeckung gegeben, aber man komme dieser relativ nahe.

Die Eigenkosten der Wirtschaftshofbediensteten seien nicht inkludiert, da man diese als Gesamtserviceleistung herausgenommen habe.

Die Gebührensätze im Detail:

	2006	ab 01.01.2007– 8% Erhöhung	
a.) Grundgebühr für 120 l Restmüllgefäß (bzw. pro Haushalt)	€ 73,83	€ 79,74	jährlich
b.) Grundgebühr für 240 l Restmüllgefäß	€ 147,66	€ 159,48	jährlich
c.) Müllgebühr pro Person	€ 25,79	€ 27,85	jährlich
d.) Biomülltonne (120 l)	€ 22,53	€ 24,33	jährlich
e.) Biomülltonne (240 l)	€ 45,07	€ 48,66	jährlich
f.) Grundgebühr für Gewerbe (120 l)	€ 73,83	€ 79,74	jährlich
g.) Grundgebühr für Gewerbe (240 l)	€ 147,66	€ 159,48	jährlich
h.) Grundgebühr für Gewerbe (360 l)	€ 221,49	€ 239,20	jährlich

j.) Müllgebühr nach Gewicht *	€ 0,32	€ 0,34	pro kg Restmüll
-------------------------------	--------	--------	-----------------

* Die Verwiegung des Restmülls wird bei den Gewerbebetrieben gem. GR-Beschluss beibehalten.

GR Mag. Marx meint, er müsse anmerken, solange Lieboch sich ein Projekt wie den „Eispalast“ auf die Fahnen hefte, das Millionen Schillinge koste, werde er sich sicher jeder Gebührenerhöhung verwehren oder nicht zustimmen, weil er das als fast schon fahrlässig erachte, dass man einerseits die Bürgerinnen und Bürger mit Gebührenerhöhungen belaste und andererseits irgendwie um € 150.000,00 für 50 oder 60 Leute einen „Eispalast“ hinstellt, der sonst für gar nichts gut sei. Von dem her werde er dem Antrag sicher nicht zustimmen, so GR Mag. Marx.

GR Grinschl fragt GR Mag. Marx wo man einen „Eispalast“ habe.
GR Mag. Marx verweist auf die geplante Eisstockhalle.

Der Bgm. sagt, es dürfe nicht quersubventioniert werden, weil die Müllgebühren seien nicht kostendeckend. Dies sei aber eine Auflage des Landes, dass eine Kostendeckung unabhängig von allen anderen Dingen, gegeben sein müsse.

GR Mag. Marx verweist darauf, auch nicht gesagt zu haben, dass es quersubventioniert werde. Er habe nur seine Meinung zu dem TO-Punkt kundgetan.

2.Vzbgm. Lang teilt die Meinung von GR Mag. Marx und zitiert aus dem GR-Protokoll vom Vorjahr (29.11.2005), wo protokolliert wurde: „Der Bgm. erinnert, dass seit mehreren Jahren keine Anpassungen der Müllgebühren erfolgt sind...“

Dann habe man die Müllgebühren angepasst und der Bgm. habe damals auch in etwa gesagt, dass es bis dato recht gut gelungen sei, die Waage zwischen Ausgaben und Einnahmen zu halten, so 2.Vzbgm. Lang. Sehr weit darüber sei man ja heuer auch nicht, daher sei er der Meinung, die Gebührenerhöhung für das kommende Jahr auszusetzen, weil die Bevölkerung ohnedies schon sehr belastet sei.

Der Bgm. sagt, man habe schon im Vorjahr gesagt, dass eigentlich eine Gebührenerhöhung um das Doppelte nötig gewesen wäre. Man wollte aber zuerst einen kleinen Betrag ansetzen und dann im nächsten Jahr schauen, wie viel an Erhöhung notwendig sei.

Nachdem nun die Notwendigkeit gegeben und die Gemeinde verpflichtet sei, kostendeckende Gebühren zu verlangen, stelle sich für ihn gar nicht die Frage, was er machen soll, sondern es sei verpflichtend.

2.Vzbgm. Lang meint, er lese aus dem Vorjahrsprotokoll heraus, dass man eigentlich um 9 % erhöhen hätte müssen und tatsächlich 7 % erhöht habe.

Der Bgm. sagt, da habe man aber gesagt, man müsse schauen, was sich ergibt und nachdem es auch bei der Abfuhr Erhöhungen gibt, genauso wie die Personalkosten ansteigen, sei es eben so.

2.Vzbgm. Lang ist der Ansicht, wenn man sich sonst budgetär ein wenig einschränke, könnte man die Erhöhung aussetzen.

Bgm. Pignitter sagt, das habe man gemacht. 2.Vzbgm. Lang widerspricht dem; man habe sich nur zwangsläufig dazu bekennen müssen, dass man sich einschränken müsse.

2.Vzbgm. Lang stellt daraufhin den **Antrag**, die Gebührenerhöhung für das Jahr 2007, aufgrund der ohnehin gegebenen Belastung für die Bevölkerung und in Hinblick darauf, dass die Gebühren bereits im Vorjahr erhöht wurden, auszusetzen.

Der Bgm. verweist auf den von 2.Vzbgm. Lang gestellten Antrag, der seiner Meinung nach nicht korrekt sei, weil man wisse, wie man bei Abgängen handeln müsse, so der Bgm.

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-
Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (7 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Im Anschluss stellt der Bgm. den Antrag, die Müllgebühren, wie bereits besprochen, per 01.01.2007 um 8 % zu erhöhen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-
Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen).

b.) Kindergartengebühren

Der Bgm. erklärt, dass die Kindergartengebühren per 01.01.2007 eigentlich um weit mehr als 3 % erhöht werden müssten, um etwas zu bewegen. Es sei aber ein Ausgleich, der alleine durch die verschiedenen paritätischen Erhöhungen (Gehälter etc.) gegeben sei.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, folgende Erhöhungen der Kindergartengebühren per 01.01.2007 zu beschließen:

	2006	ab 01.01.2007-3% Erhöhung	
07.00 – 13.00 Uhr (halbtags)	€ 70,00	€ 72,10	monatlich
07.00 – 15.00 Uhr	€ 90,00	€ 92,70	monatlich
07.00 – 17.00 Uhr (ganztags)	€ 115,00	€ 118,45	monatlich

2.Vzbgm. Lang stellt den **Antrag**, die Erhöhung der Kindergartengebühren für das Jahr 2007 auszusetzen. Man habe auch Wichtelgruppen und Sonstiges beschlossen. Das sei auch kein Problem gewesen, diese Dinge im Budget über die Runden zu bringen. Er könne sich vorstellen, vor allem für Familien mit Kindern, die schon vermehrt Ausgaben haben, sagen zu können, die Gebühren heuer nicht zu erhöhen, da diese bereits im Vorjahr erhöht wurden. Man sollte erst 2008 wieder darüber sprechen, so 2.Vzbgm. Lang.

GR Mag. Marx meint, er müsse das, was er bereits zu Punkt 3.a.) gesagt habe, mit mehr Nachdruck sagen. Einerseits ein Luxusprojekt in den nächsten Jahren durchzuführen und andererseits die Kindergartengebühren zu erhöhen, halte er nicht für sehr sozialdemokratisch, aber das müsse die SPÖ-Fraktion mit ihrem eigenen Gewissen ausmachen.

Der Bgm. sagt, die SPÖ-Fraktion trage Verantwortung.

GR Mag. Marx sagt, das habe er schon öfter gemerkt und stellt daraufhin den **Antrag**, die Kindergartengebühren für die nächsten fünf Jahre auszusetzen und dafür das Projekt „Eispalast“ (Eisstockhalle) abzublasen.

Für den Antrag von GR Mag. Marx stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-
Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (7 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Für den Antrag von 2.Vzbgm. Lang stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Dagegen stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-
Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Der **Antrag** wird somit **abgelehnt** (7 Dafürstimmen : 11 Gegenstimmen).

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-
Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP),
GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen).

Pkt. 4.: Voranschlag 2007

Der Bgm. stellt fest, dass der Voranschlag 2007 an alle Fraktionen zeitgerecht zugestellt und zwei Wochen zur Einsichtnahme öffentlich aufgelegt wurde.

1.Vzbgm. FRITZ verleiht die anlässlich des Voranschlages 2007 zu fassenden Beschlüsse:

I. Festsetzung der Voranschlagsbeträge

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2007 wird wie folgt festgesetzt:

A. Ordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€ 5,549.800,00
Summe der Ausgaben	€ 5,549.800,00
A b g a n g / Überschuss	€ <u>0,00</u>

B. Außerordentlicher Haushalt:

Summe der Einnahmen	€ 1,738.000,00
Summe der Ausgaben	€ <u>1,921.000,00</u>
A b g a n g	€ <u>183.000,00</u>

II. Festsetzung der Steuerhebesätze

a.) Grundsteuer	- für land- und forstwirtschaftl. Betriebe	500 v.H. der Messbeträge
	- für sonstige Grundstücke	500 v.H. der Messbeträge

- b.) Die **Lustbarkeitsabgabe** wird im Haushaltsjahr 2007 in dem in der Abgabenordnung festgesetzten Ausmaß erhoben.
- c.) Die **Hundeabgabe** wird im Haushaltsjahr 2007 mit € 15,00 pro Hund erhoben.

III. Der Höchstbetrag der Kassenkredite,

die im Haushaltsjahr 2007 **zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltes** in Anspruch genommen werden dürfen, wird **mit € 925.000,00 festgesetzt.**

IV. Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen,

die **zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes** bestimmt sind, wird auf € 200.000,00 festgesetzt. Dieser Gesamtbetrag ist nach dem außerordentlichen Voranschlag für folgende Zwecke zu verwenden:

Straßenbau bzw. Straßensanierung..... € 200.000,00

V. Der Dienstpostenplan

1.Vzbgm. FRITZ stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge den Voranschlag 2007 in vorliegender Form beschließen.

2.Vzbgm. Lang sagt, die ÖVP-Fraktion werde unter dem Aspekt, dass das Gemeindebudget eigentlich auch Dinge in der KEG, die viell. kommen, decken müsse und aus Gründen, dass man an und für sich sehr bizelig mit dem Budget umgegangen sei und auf der anderen Seite das Budget im ordentlichen Haushalt mit Gebührenerhöhungen ausgleiche, weil man bis zum letzten Cent hinrechne und für die Familien in der Form nichts übrig habe, in der Form nicht mittragen.

GR Mag. Marx ist der Meinung, dass es in der Gemeinde einen blinden Fleck gibt, der sich auf den Sportplatz bezieht. Bei allem, was mit dem Sportplatz oder mit Gebäuden am Sportplatz zu tun habe, sei es egal, was es koste. Wenn es so weitergehe, werde man viell. auch noch die Einfahrt mit Gold betonieren lassen und überall anders mache man Einsparungen. Der Fußballverein bekomme genug Geld und solle es auch bekommen, alle anderen Vereine bekämen mehr oder weniger ein Butterbrot. Man habe heute wieder gesehen, dass im Endeffekt die Kindergartengebühren erhöht werden und auf der anderen Seite investiere man in ein Projekt, wo selbst der Architekt beim „Eispalast“ sagt, dass es so etwas in der ganzen Steiermark oder in ganz Österreich nicht gibt, weil es so teuer sei, so GR Mag. Marx.

1.Vzbgm. FRITZ sagt, das habe er vom Architekten nicht gehört.

GR Mag. Marx sagt, wenn das, was der Architekt gesagt hat, billig zu haben sei, frage er sich, warum es sonst keine Gemeinde habe.

1.Vzbgm. FRITZ meint, man sei wahrscheinlich cleverer als andere Gemeinden gewesen.

GR Mag. Marx bezweifelt das und meint, diese Einstellung möge 1.Vzbgm. FRITZ belassen sein. Aus diesen Gründen werde auch seine Fraktion nicht mitgehen, so GR Mag. Marx.

Nachdem es keine Wortmeldungen mehr gibt, ersucht der Bgm. den Gemeinderat, über den Antrag von 1.Vzbgm. FRITZ abzustimmen.

Für den Antrag von 1.Vzbgm. FRITZ stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen).

Pkt. 5.: Marktgemeinde Lieboch; mittelfristige Finanzplanung 2007 - 2011

Da in der Einladung zur GR-Sitzung dieser TO-Punkt irrtümlich als „Marktgemeinde Lieboch; mittelfristige Finanzplanung 2008 – 2011“ (richtig **2007** – 2011) ausgeschrieben wurde, ersucht der Bgm., diesen Fehler zu entschuldigen.

Die mittelfristige Finanzplanung wurde in Anlehnung an den Voranschlag erstellt bzw. ist dieser darin inkludiert. Die Projekte bis 2011 wurden bereits berücksichtigt und sind entsprechend eingeflossen.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, den vorliegenden mittelfristigen Finanzplan für den Zeitraum 2007 – 2011 zu beschließen.

2.Vzbgm. Lang sagt, der mittelfristigen Finanzplan werde von seiner Fraktion kommentarlos nicht mitbeschlossen.

GR Mag. Marx fragt, inwieweit es geplant sei, dass die Liegenschaften am Sportplatz, die Veranstaltungshalle usw. an die KEG übertragen und von der Gemeinde zurückgemietet werden.

Der Bgm. sagt, er wisse nicht, was GR Mag. Marx jetzt meine. Es gäbe einen rechtskräftigen Beschluss zur Übertragung, wo die Grundstücke der Gemeinde am Sportplatz in die KEG übertragen werden, wobei das letzte Mal in der Grundverkehrskommission Herr GR Tengg nicht unterschrieben habe. GR Tengg habe gesagt, er sei befangen, wobei dem nicht so sei und er von der RichterIn diesbezüglich aufgeklärt wurde. Beim nächsten Termin werde Herr Kuprian hinfahren müssen. Es gäbe dazu alle Unterlagen, die korrekt seien.

2.Vzbgm. Lang sagt, es gäbe dazu einen ordnungsgemäßen Beschluss, den er beim entsprechenden TO-Punkt vorlesen werde.

GR Mag. Marx fragt, ob das Grundstück oder die Liegenschaften übertragen wurden.

Der Bgm. verweist darauf, dass dies mit der mittelfristigen Finanzplanung nichts zu tun habe und auf den heutigen TO-Punkt 8.

Im Anschluss ersucht der Bgm. den Gemeinderat über seinen Antrag zur Genehmigung des mittelfristigen Finanzplans für den Zeitraum 2007 – 2011 abzustimmen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (11 Dafürstimmen : 7 Gegenstimmen).

Der Bgm. bedankt sich bei Frau Gerl für deren ausgezeichnete Arbeit bei der Erstellung des Voranschlags und MFP. 2.Vzbgm. Lang schließt sich für seine Fraktion dem Dank an.

Pkt. 6.: Verordnung – „Rebhuhnweg“; Übernahme der Privatstraße in eine Gemeindestraße

Der Bgm. verweist auf den bereits vorhandenen GR-Beschluss vom 06.10.2004 zur Übernahme des Rebhuhnweges in das öffentliche Gut.

Nunmehr soll die vorliegende Verordnung, GZ 630-1/2006 zur Übernahme der Privatstraße (Rebhuhnweg) in eine Gemeindestraße beschlossen werden.

Anm.: Der Verordnungsentwurf samt Verordnungsplan wird mittels Beamer an die Bildwand projiziert.

Der Bgm. stellt den **Antrag**, die vorliegende Verordnung zu beschließen.

2.Vzbgm. Lang sagt, er habe die Information erhalten, dass die Situation baurechtlich nicht abgehandelt wurde und fragt, ob das richtig sei.

Der Bgm. antwortet, es habe sich um eine Sanierung gehandelt; dann müsste man jetzt alle Straßen neu verhandeln, die saniert werden.

2.Vzbgm. Lang meint, er könne nichts daran ändern, wenn sich im Einzelfall jemand aufrege. Er frage ja nur, so 2.Vzbgm. Lang.

Der Bgm. sagt, wenn eine Straße saniert werde, müsse normal kein Baurecht abgehandelt werden.

2.Vzbgm. Lang führt aus, dass angeblich ein Servitutsrecht aufliegen soll und die Straße nicht in der Form ausgebaut wurde. Er wisse nicht, ob das auch stimme. Angeblich seien die Unterlagen heute Herrn Boschak beigebracht worden.

Der Bgm. sagt, er habe diesbezüglich keine Ahnung. Die Gemeinde bekomme die Straße lastenfrei, um das gehe es. 2.Vzbgm. Lang müsse eigentlich die Situation kennen, dass, wenn ein öffentliches Gut beschlossen wurde, ohnehin jeder damit ein Servitut habe, so der Bgm.

2.Vzbgm. Lang verweist darauf, dass es sich um die Breite der Straße handle. Er könne es nicht beurteilen, weil er es nicht wisse. 2.Vzbgm. Lang fragt, ob diese Unterlagen vorliegen.

Der Bgm. sagt, er habe keine Ahnung bzw. keine Kenntnis. 2.Vzbgm. Lang sagt, er wisse nur, dass die Unterlagen angeblich heute eingebracht wurden; Herr Boschak sei heute leider nicht mehr da.

VM ÖkR KONRAD sagt, wenn jemand ein Servitut darauf habe und man die Verordnung heute beschließen, habe man den nächsten Prozess hängen.

Der Bgm. verweist darauf, dass der Gemeinderat schon die Übernahme in das öffentliche Gut beschlossen habe. Die heutige Verordnung sei nur ein Vollzugstext. Die Straße gehöre Herrn Watz und dieser habe unterschrieben.

2.Vzbgm. Lang meint, wenn der Bgm. der Meinung sei, dass es so sei, dann solle darüber abgestimmt werden. Seine Fraktion habe für die Übernahme in das öffentliche Gut gestimmt, für die Verordnung solle der Gemeinderat eben ohne ÖVP-Fraktion stimmen, oder man setze den Punkt bis zur Klärung ab.

Der Bgm. ersucht den Gemeinderat, über seinen Antrag zur Genehmigung der vorliegenden Verordnung samt Verordnungsplan, abzustimmen.

Für den Antrag des Bgm. stimmen

GK Blümel, 1.Vzbgm. FRITZ, GR Grinschgl, GR Horwath, GR Koren, GR Helene Marx, GR Posch-Zlöbl, GR Anna Riegler, GR Werner Riegler, GR Scherz, GR Warzinger (SPÖ), GR Mag. Hirschmugl-Fuchs und GR Mag. Thomas Marx (Die Grünen Lieboch).

Dagegen stimmen

GR Dipl. Tzt. Aichholzer, VM KONRAD, 2.Vzbgm. Lang, GR Ing. Schelch, GR Tengg (ÖVP).

Der **Antrag** wird somit **beschlossen** (13 Dafürstimmen : 5 Gegenstimmen).

Das Protokoll zu den vertraulichen und nicht öffentlichen Punkten liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsichtnahme auf.